

Eine ausufernde Diskussion um Gebühren und eine glp-Fraktionserklärung zum Innovationspark prägten die Sitzung.

---

Sitzung vom Montag, 8. September 2014

Verfasserin: Barbara Schaffner

---

In einer **Fraktionserklärung**, die von SP, Grünen, EVP und BDP mit wurde, kritisierte Stefanie Huber (Dübendorf) den rückwärts gerichteten Entscheid des Bundesrates zum Areal Flugplatz Dübendorf / Innovationspark kund (vgl. auch unsere Medienmitteilung vom 3. September <http://zh.grunliberale.ch/aktuell/medienmitteilungen.html>) Eine der am dichtest besiedelten Regionen, für die weiterhin ein starkes Bevölkerungswachstum prognostiziert wird, soll mit zivilem Fluglärm beschallt werden, tagtäglich, mit bis zu doppelt so vielen Flugbewegungen wie heute. Der Entscheid des Bundesrates von letztem Mittwoch ist für uns alle nicht tragbar. Der Bundesrat hat für die Fliegerlobby und gegen die Interessen der weit zahlreicheren Bevölkerung entschieden. Der Entscheid hemmt eine zukunftsgerichtete Siedlungsentwicklung im Glattal und rund um den Greifensee für die nächsten Jahrzehnte. Der Innovationspark auf dem Flugplatzareal ist hingegen ein richtiger Entscheid und eröffnet dem Glattal und dem Kanton vielfältige wirtschaftliche sowie planerische Möglichkeiten.

#### **Fusion von Sternenberg und Bauma** (Jörg Mäder)

Jörg Mäder gratuliert der neuen Gemeinde Baums und wünscht alles Gute für die Zukunft. Das Geschäft wurde einstimmig genehmigt.

#### **Soforthilfefonds für Betroffene früherer fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981**

(Michael Zeugin)

Eindrücklich schildert Michael Zeugin das Schicksal einer minderjährigen Mutter, die nur wegen dieser Tatsache inhaftiert wurde und der das Kind sofort nach der Geburt weggenommen wurde. Mit der Schaffung eines Soforthilfefonds aus Geldern des Lotteriefonds soll Betroffenen in schwierigen Lagen geholfen werden. Die glp stimmt dem Geschäft mit einer grossen Mehrheit des Rates zu.

#### **Volksinitiativen „Ja zu fairen Gebühren im Kanton“ und „Ja zu fairen Gebühren in den Gemeinden“** (Jörg Mäder)

Die Grünliberalen anerkennen den Sinn von Gebühren als verursachergerechte Deckung des Aufwandes des Gemeinwesens. In diesem Sinne sollen Gebühren die Kosten decken, aber keinen Beitrag in die allgemeine Staats- oder Gemeindefinanzierung leisten. Die beiden Volksinitiativen machen die Gebühren zu einem politischen Spielball und wir laufen Gefahr, dass die Gebührenhöhe und die Leistung des Gemeinwesens in keinem Verhältnis stehen. Jörg Mäder schlägt als Gegenvorschlag zu den beiden Volksinitiativen vor, dass der Gebührenkatalog veröffentlicht werden soll. Zur Anpassung einzelner Gebühren gibt es genügend demokratische Mitspracherechte. Leider verhindern sture Fronten im Kantonsrat diese pragmatische Lösung. Die Initiativen wurden nach einer ausufernden Debatte durch den Rat angenommen – sie werden aber noch dem Volk vorgelegt werden müssen, weil es in einem Fall um eine Verfassungsänderung geht – und im anderen wohl das Behördenreferendum ergriffen wird.